

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porchdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterlichen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechnigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 266

Bad Schandau, Montag, den 14. November 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Das Heinkelflugzeug D 1220 ist bei einem mißglückten Start auf den Horen verunglückt. Die Besatzung ist unverletzt geblieben.

* Nach Meldungen aus Tschita ist dort starker Schneefall eingetreten, der Schnee liegt bereits drei Meter hoch. Die Eisenbahnverbindungen zwischen Tschita und Tschita sind unterbrochen. Zur Begräbnung der Schneemassen ist Militär herangezogen worden. Gleichzeitig herrschen in Ostsibirien heftige Schneestürme. In Barnaul sind unter der Last des Schnees die Dächer vieler Häuser eingestürzt. Ueber sechzehn Personen sind mit erfrorenen Gliedmaßen aufgefunden worden.

* Nord-Zitland ist von einem orkanartigen Sturm, verbunden mit starkem Schneefall, heimgesucht worden. Der Schnee liegt stellenweise auf den Bergen ein Meter hoch. Der Exportdampfer „Diana“ ist an der Mündung des Limfjord im Schneegestöber auf Grund gelaufen.

* Der König von Spanien ist nach kurzem Aufenthalt in Alicante in Madrid eingetroffen.

* Der Kampf innerhalb der kommunistischen Partei in Rußland macht sich auch in den ausländischen Organisationen der Kommunisten bemerkbar. Der frühere Sekretär der französischen kommunistischen Partei, der Lehrer Treint, der seit Beginn der kommunistischen Bewegung in Frankreich eine führende Rolle spielte, wurde aus dem Zentralkomitee der französischen kommunistischen Partei ausgeschlossen. Als Grund des Ausschlusses Treintes wird ganz offen dessen Anhängerhaftigkeit zu Trotzki und Sinowjew angegeben.

Die österreichische Frage.

Von Franz Richard Ott.

Reichskanzler Dr. Marx wird, begleitet von Reichsaußenminister Dr. Stresemann der österreichischen Bundesregierung im Laufe dieses Monats einen mehrtägigen Besuch abstaten. Amtlich stellt die bevorstehende Reise die Erwiderung des vor einiger Zeit erfolgten Besuchs des österreichischen Staatspräsidenten in Berlin dar. Ueber die Bedeutung eines Höflichkeitsaktes hinaus wird aber der Wiener Besuch eine besondere Betonung der guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten Mitteleuropas demonstrieren.

Man wird in Wien nicht nur über die wichtigsten Wirtschaftspragen, die eine weitere Vertiefung und teilweise Neugestaltung der handelspolitischen Beziehungen herbeiführen sollen, und über das Problem des Ausgleiches auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens verhandeln, sondern auch über die beide Staaten gleich tief berührenden politischen Angelegenheiten beraten. Besondere Aufmerksamkeit bringt die deutsche Öffentlichkeit gerade diesen Unterhaltungen entgegen. Man hofft auf ein Einverständnis in der Behandlung der „österreichischen Frage“.

Es ist nicht unbekannt, daß seit den Juli-Ereignissen in Wien über das Problem des Donauraumes in den Zentren des politischen Lebens der alten wie der neuen Welt lebhafter als bisher diskutiert wird. Die letzte Völkerverversammlung in Genf, während der man hinter den Kulissen einen recht lebhaften Meinungsaustrausch pflegte, (an dem Deutschland und Österreich allerdings nicht beteiligt waren), ergab das Vorhandensein dreier verschiedener Gruppen. Die eine versucht unter Führung einer westlichen Macht noch immer, den Gedanken der Donauföderation zu fördern, die zweite tritt für die Erhaltung der Selbständigkeit des Donauraumes ein, und die dritte, unter Leitung eines Mittelmeerstaates und dem Bestande eines Balkanlandes, verlangt die radikale Lösung des Problems durch eine Aufteilung Österreichs unter die Nachfolgestaaten.

Die Aussichten dieser Gruppen verdienen einer kurzen Würdigung unterzogen zu werden. „Donauföderation“, ein in geographischer Beziehung vollkommen falscher Begriff, ist ein seit Jahren beliebtes Schlagwort und teilt das Schicksal vieler Schlagwörter. Der Gedanke der Donauföderation, die Verbindung Österreichs mit den Nachfolgestaaten zur Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes, ist überhaupt nicht durchführbar. Eine enge, wirtschaftliche Verbindung würde eine einheitliche politische Verwaltung und damit zwangsläufig die Schaffung eines einheitlichen Zahlungsmittels, einer einheitlichen Zentrale, gemeinsamer politischer Vertretung nach außen und eines einheitlichen Parlaments und Heeres bedingen. Dies müßte bei der Lage der Dinge eine Vereinigung von Republiken und Königreichen, von entwaffneten und bewaffneten, freundlich und feindlich gesinnten Staaten bedeuten. Es bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen, um die Unmöglichkeit eines solchen Planes nachzuweisen.

Der Glaube an die Lebensfähigkeit des Donauraumes in seiner durch die Friedensverträge bedingten Gestalt schwindet mehr und mehr. Die Entente schuf wohl ein selbständiges österreichisches Staatsgebilde, hat aber dem Lande keine Voraussetzungen für eine Lebensfähigkeit mit auf den Weg gegeben. Österreich braucht, um existieren zu können, den Anschluß an ein großes Wirtschaftsgebiet, das eben nur in der

„Treue Freunde Österreichs“

Deutscher Ministerbesuch in Österreich

Marx und Stresemann reisen nach Wien.

Reichskanzler Dr. Marx und Reichsaußenminister Dr. Stresemann statten in diesen Tagen der österreichischen Bundeshauptstadt Wien einen Besuch ab. Sie wiederholen hiermit einen Höflichkeitsakt, der ihnen schon einmal vor etwa dreieinhalb Jahren Veranlassung gegeben hat, den Regierungsstellen in der Donaufstadt ihre Aufmerksamkeit zu machen. Reichskanzler Dr. Marx hat dem Berliner Vertreter der „Neuen Freien Presse“ längere Erklärungen gegeben, in denen die Gründe für die jetzige Wiener Reise der beiden Minister dargelegt werden.

Dr. Marx sagte: Der Reichsaußenminister und ich legen den größten Wert darauf, die persönlichen Beziehungen zwischen den deutschen und den österreichischen Staatsmännern fortzusetzen und lebendig zu erhalten. Unser Besuch ist eine Erwiderung des Besuchs, den der österreichische Bundeskanzler Ramek vor einiger Zeit in Berlin abgestattet hat. Große politische Auseinandersetzungen sind nicht beabsichtigt und werden während unseres Wiener Besuchs sicherlich nicht stattfinden. Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann trifft, wenn er zur Völkerverversammlung nach Genf fährt, dort regelmäßig drei- oder viermal im Jahre mit den Staatsmännern der Entente zusammen. Die Besprechungen mit ihnen gehören in Genf zu seinen wichtigsten Aufgaben und für andere Besprechungen bleibt wenig Zeit übrig. Es ist daher ganz natürlich, daß der deutsche Reichskanzler und der deutsche Reichsaußenminister einmal eigens nach Wien reisen, um die Verbindung mit der engbefreundeten österreichischen Regierung aufrechtzuerhalten. Schon diese Erwägung müßte dazu führen, daß man an unserem Wiener Besuch nichts Auffallendes findet. Wahrscheinlich wird u. a. auch von dem Entwurf des neuen Strafrechts die Rede sein, das beiden Staaten gemeinsam sein soll.

Wir wollen, so schloß Dr. Marx, durch unsere Reise keine bestimmten politischen Zwecke erreichen, sondern kommen nach Wien als treue und aufrichtige Freunde des österreichischen Staates und Volkes.

„Willkommene Gäste.“

Die Wiener Presse beschäftigt sich eingehend mit dem Besuch der beiden deutschen Staatsmänner. So schreibt das Organ der Christlich-Sozialen, „Die Reichspost“, unter der Überschrift „Willkommene Gäste aus Deutschland“ einen warmen Begrüßungsartikel, in

politischen Verbindung mit Deutschland zu finden ist. Jede andere Verbindung wäre, wie dies bereits gesagt wurde, unmöglich. Da Deutschland die Voraussetzungen zur Erhaltung der Lebensfähigkeit fehlen, würde eine ständige finanzielle Unterstützung von außen erforderlich sein. Abgesehen davon, daß sich wohl kaum ein fremder Staat zur ständigen Unterstützung bereit fände, würden in einem solchen Falle Freiheit und Selbständigkeit, sowie Unabhängigkeit bald nur noch zu illusorischen Begriffen werden.

Dem brutalen Landhunger von Mussolini verdankt der Plan einer Aufteilung Österreichs an die Nachfolgestaaten — natürlich unter Ausschluß Deutschlands — seine Entstehung. Schon seit Jahren verlangt der italienische Diktator neues Land, und begehrt gehen die Blicke seiner Getreuen vom Brenner hinunter nach der bayerischen Grenze und nach Salzburg. Auch Belgrad wünscht unabhugelt eine Macht- und Besitzvergrößerung und erhebt ohne Scheu Ansprüche auf das schöne Kanterland und die grüne Steiermark. Manche, allerdings nicht verantwortliche, Kreise des neuen Ungarns möchten das Burgenland zurück gewinnen und den Landstrich bis Wien dazu im magyarischen Besitz sehen; Nieder-Österreich nördlich der Donau wäre der Tschechoslowakei ein willkommenes Beutestück. Die Aufteilungspläne sind ebenso phantastisch wie unmöglich. Die Einverleibung von Nord- und Salzburg wäre ein unerträgliches Uebergreifen des italienischen Einflusses auf Mitteleuropa und die Angliederung von Kärnten und Steiermark an Serbien eine den Frieden der alten Welt bedrohende Vergrößerung des ewigen Anarchiegebietes im Südosten Europas. Die Tschechoslowakei ist ein Nationalitatenstaat, in dem die Tschechen schon heute eine Minderheit bilden; durch die Einbeziehung des nördlichen Niederösterreichs (mit mehr als eineinhalb Millionen Deutschen, ohne Wien) in das samojse Staatsgebilde müßte eine derartige Verschlebung der Machtverhältnisse mit sich bringen, daß von einer weiteren Regierungsgewalt der Tschechen keine Rede mehr sein könnte. So wächst bei einer oberflächlichen Betrachtung der Aufteilungspläne die Unmöglichkeit der Ausführung ins Gigantische.

dem das Blatt auch die Frage der deutsch-österreichischen Beziehungen und die Locarnopolitik berührt. Auch die „Neue Freie Presse“ verbindet einen Artikel zum Gedenktag der österreichischen Republik mit Begrüßungsworten an Marx und Stresemann, durch deren Besuch die traditionelle tiefe Zusammenarbeit zwischen Österreich und dem Mutterlande gefördert werde.

Auch die Anschlußfrage spielt in den Begruungsartikeln eine Rolle; und in der Öffentlichkeit ist im Zusammenhang hiermit das Wort von der „Provinz des deutschen Herzens“ aufgetaucht, als die gern die österreichische Republik dem Deutschen Reich gelten möchte.

Abreise des Reichskanzlers

und des Reichsaußenministers nach Wien.

Berlin. Der Reichskanzler Dr. Marx ist gestern um 18.48 Uhr vom Anhalter Bahnhof nach Wien abgereist. Der Reichsaußenminister, der sich von Halle nach Leipzig begeben hatte, hat sich in Leipzig mit dem Reichskanzler getroffen und von dort aus gemeinsam mit ihm die Reise nach Wien fortgesetzt.

Dr. Dinghofer über den deutschen Staatsmannerversuch in Wien.

Berlin, 14. November. Wie die Montagblatter aus Wien melden, erklärte der österreichische Justizminister Dr. Dinghofer in einem Interview, daß es ein Unrecht sei, hinter dem Besuch des Reichskanzlers Dr. Marx und des Auenministers Dr. Stresemann alles Mögliche zu suchen. Die Begegnung reichsdeutscher und deutsch-österreichischer Staatsmänner auf Wiener Boden trage aber selbstverständlich keine besondere Note, da sich hier Staatsmänner aus zwei verschiedenen Ländern der einenes Volkes treffen. Ueber die vollstandige Einheit der Deutschen im Reich und Österreich könne keine Politik zur Tagesordnung übergehen. Man dürfte nicht vergessen, daß das Reich und Österreich gemeinsame Entwicklungstraditionen besitzen. In diesem Sinne müsse man die von beiden Parlamenten in Angriff genommene Strafrechtsreform bewerten. Deutschland und Österreich hätten nach der letzten Begegnung deutscher und österreichischer Staatsmänner Zeiten des Aufstiegs erlebt. Jedoch sei Österreich in seinem wirtschaftlichen Organismus in unheilvoller Weise geschädigt. So sei mit Recht die Frage nach den gesunden Lebensbedingungen des österreichischen Staates aufgeworfen worden. Zu bestritten sei immer wieder, daß Österreich und Deutschland in gleicher Weise an der Vereinigung von Deutschland und Österreich interessiert seien.

Nur die wachsende Erkenntnis im Lager der Gegner, daß alle bisher aufgetauchten Vorschläge indiskutabel sind, und nur der Zusammenschluß Österreichs mit Deutschland, die einzige zufriedenstellende Lösung des österreichischen Problems, kann die Verbotsbestimmungen und die Hemmnungen der Friedensverträge aufheben und die wirtschaftliche Gesundung und Erstarkung, sowie die kulturelle Weiterentwicklung des Donauraumes, im Rahmen des Deutschen Reiches, ermöglichen. Die Aufgabe unserer und der österreichischen Staatsmänner muß es daher sein, durch gemeinsame Schritte die einschneidende Entwicklung zu fördern und zu unterstützen, bis die trennenden Schranken fallen und das Unrecht, das in einer Periode des politischen Hasses und Vernichtungswillens entstand, getilgt wird.

Briand über seine Politik.

Paris, 13. November. Der französische Außenminister hielt heute auf einem Bankett der Republikanischen Parteien eines Wahlbezirks in Nantes eine Rede. Zu Beginn seiner Ausführungen wies Briand auf seine Bemühungen für den Frieden während seiner kurzen Regierungszeit im Jahre 1921 hin. Bereits damals habe er die ersten Versuche gemacht, der Welt einen dauerhaften Frieden zu sichern. Die damalige Geistesströmung sei aber für den Frieden noch nicht genügend vorbereitet gewesen. Als ihm die Leitung des Auswärtigen Amtes erneut übertragen worden sei, habe er seine Bemühungen fortgesetzt. Man könne von seiner Politik sagen was man wolle, sicher sei jedenfalls, daß sie dem noch sehr unruhigen Europa den Frieden erhalten habe. Man müsse sich fragen, ob, wenn der Volkerverbund nicht bestanden würde, und an Stelle der von ihm (Briand) geführten Friedenspolitik eine andere Politik befolgt worden wäre, nicht gewisse Ereignisse die Völker bereits erneut in einen blutigen Zusammenstoß geworfen hätten. In diesem Zusammenhang erinnerte Briand an die Beilegung des bulgarisch-sudslawischen Konfliktes durch den Volkerverbund. Seine Ausführungen schloß Briand mit den Worten: